

1 DER SOZIALLIBERALE HOCHSCHULVERBAND (SLH)

1.2 Geschichte des SLH

Der Sozialliberale Hochschulverband wurde im Frühjahr 1968, damals noch unter dem Namen „Deutsche Studenten Union (DSU)“, von einer Reihe unabhängiger liberaler Hochschulgruppen gegründet, als auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte der Kampf des SDS für die Hochschule gleichsam über Nacht in einen Kampf gegen die Hochschule umschlug. Die Gründer des SLH waren sich darüber einig, daß trotz der Mängel der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung sich die weitere Entwicklung Deutschlands zu einer sozialen Demokratie im Rahmen des Rechts- und Verfassungsstaates und seiner liberalen Freiheitsrechte vollziehen müsse. Die zweite gemeinsame Überzeugung war der Glaube an die Notwendigkeit der Hochschulreform. Die Hochschulreform sollte aber nicht nur eine technische und organisatorische Anpassung der alten Universitäten an den Massenansturm von Studenten bewirken, sondern vor allem in der Struktur durch mehr Demokratie und in den Inhalten durch stärkere Ausrichtung an den Leitziele „Emanzipation“, „Autonomie“ und „Selbstbestimmung“ bestimmt sein.

Ausgehend von diesen beiden Prinzipien hat sich die Programmatik der SLH seit 1968 kontinuierlich weiterentwickelt: Zunächst wurden die Grundlinien der Politik in den „Konzepten sozialliberaler Politik“ vom Mai 1969 festgelegt, es folgten darauf in Einzelbereichen Konzepte für die Studienreform in der Lehrerbildung, in Jura, in den Wirtschafts- und in den Ingenieurwissenschaften. Eine Konzeption für das gesamte Bildungswesen wurde entwickelt und unter dem Titel „Überlegungen zu einem Bildungsgesamtplan“ veröffentlicht. Auch auf dem Sektor der studentischen Sozialpolitik war der SLH sehr aktiv, er entwickelte Modelle für das „Studentische Wohnen morgen“ und untersuchte die Probleme der verheirateten Studenten.

Die äußere Entwicklung des SLH war leider nicht so erfreulich: Obwohl oftmals die stärkste Fraktion in den Studentenparlamenten, verlor er fast alle von ihm gestellten Allgemeinen Studentenausschüsse an kommunistische Koalitionen. Erst im Jahre 1973 setzte hier eine Trendwende ein: Seither ist es dem SLH gelungen, in größerem Ausmaß wieder in die Allgemeinen Studentenausschüsse vorzudringen. Er stellt jetzt die AStA-Vorsitzenden an der TH Aachen, der PH Aachen, der Uni Bochum und der Uni Köln und ist in Würzburg und Karlsruhe am AStA beteiligt.

1.2 Organisation des SLH

Die wichtigste organisatorische Einheit des SLH ist die einzelne Hochschulgruppe. Diese Ortsgruppen (von denen es im Moment an den deutschen Universitäten rund 25 gibt) mögen unter sich noch einmal in Fachgruppen und Arbeitsgemeinschaften untergliedert sein, sie sind doch alle noch so überschaubar groß, daß sich die aktiven Mitglieder auf den wöchentlichen Versammlungen treffen können, um die notwendigen Entscheidungen über das politische Vorgehen zu fällen, oder auch um grundsätzliche Fragen zu diskutieren, die mit dem aktuellen Geschehen nicht so viel zu tun haben müssen.

Neben den Mitgliederversammlungen, die die verbindlichen Beschlüsse fassen, haben die Gruppen noch ein zweites Organ, den Vorstand, der die laufenden Geschäfte zu führen und den örtlichen SLH nach außen zu vertreten hat. Auch der Gruppenvorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt.

Auf Bundesebene wiederholt sich dieses demokratische Prinzip dann in abgewandelter Form: Mindestens zweimal im Jahr tagt die Bundesmitgliederversammlung, auf der jede Hochschulgruppe mit einer Stimme vertreten ist. Diese Bundesmitgliederversammlung legt in politischen Beschlüssen die Inhalte und Richtungen der Politik des SLH fest. Ausgeführt wird diese Politik vom Engeren Bundesvorstand und dessen Referenten. Der Engere Bundesvorstand besteht aus drei gleichberechtigten Mitgliedern, für das Amtsjahr 1974/75 wurden Wolfgang Daniels (TH Aachen), Ferdinand v. Merveldt (Uni Bochum) und Christoph Rechberg (Uni Bonn), gewählt.

Aufgabe des Bundesvorstandes ist neben der Koordination der Gruppenarbeit, der Informationsbeschaffung und der Öffentlichkeitsarbeit vor allem die politische Einflußnahme durch Kontakte, Stellungnahmen und Initiativen. Dazu tritt natürlich noch die inhaltliche Arbeit an der bildungspolitischen Konzeption des SLH.

Unterstützt und kontrolliert wird diese Arbeit durch den sechsköpfigen Erweiterten Vorstand, der genauso wie der Engere Bundesvorstand von der Bundesmitgliederversammlung gewählt wird. Er nimmt zwischen dem Bundes-MVs die Aufgabe der Überwachung des Engeren Vorstandes wahr, und er entlastet diesen durch die Übernahme von Spezialaufgaben, einzelnen Projekten oder festgelegten Sachgebieten. Zum erweiterten

Vorstand gehören in diesem Jahr Karl W. Gläs (Uni Mainz), Michael Hildebrand (Uni München), Michael Hüffner (Uni Mainz), Michael Löwenstein (Uni Bonn), Michael Üchhitz (Uni Freiburg) und Hermann Weisch (Uni Köln).

Auf Landesebene geschieht die Zusammenarbeit meist auf informellen Landeskongressen, wobei eine besonders starke Hochschulgruppe die Koordination übernimmt. In einigen Bundesländern bestehen allerdings auch richtige Landesverbände, die entsprechend dem Vorbild des Bundesverbandes organisiert sind.